

Bayr: "Weibliche Genitalverstümmelung muss eine tote Tradition werden" Ut.: Gründung der "Österreichischen Plattform gegen weibliche Genitalverstümmelung"

Wien (SK) "Ich wünsche mir eine Welt, in der weibliche Genitalverstümmelung eine überwundene, verschwundene und tote Tradition ist", so Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für Entwicklungszusammenarbeit. Künftig wird der 6. Februar ein Internationaler Tag der Null-Toleranz gegen weibliche Genitalverstümmelung sein, wie auf der Konferenz "Zero Toleranz on FGM" des Inter African Committee (IAC) im Februar dieses Jahres in Addis Abeba beschlossen wurde. Aus diesem Anlass fand am Dienstag im Rahmen einer Aktionswoche gegen weibliche Genitalverstümmelung im ega ein Themenabend statt, an dem neben Bayr auch Etenesh Hadis, von der afrikanischen Frauenorganisation, sowie Ulrike Plichta von der österreichischen Stiftung für Weltbevölkerung teilnahmen. Am Mittwoch wurde in einer Pressekonferenz die "österreichische Plattform gegen weibliche Genitalverstümmelung" präsentiert, neben den bereits erwähnten Diskussionsteilnehmerinnen komplettierte Elfriede Hammerl, Autorin und Journalistin, das Podium. Diese österreichische Plattform, zu deren Gründerorganisationen unter anderem die Afrikanische Frauenorganisation, Care und die SPÖ-Bundesfrauenorganisation gehören, soll dazu beitragen, Aktivitäten zu bündeln und Synergien zu schaffen, um den Kampf gegen FGM auch in Österreich forcieren zu können. Nähere Informationen bietet die neue Homepage: www.stopFGM.net ****

Weibliche Genitalverstümmelung (FGM - Female Genital Mutilation) ist eine etwa 5.000 Jahre alte Praxis, von der laut Schätzung von Menschenrechtsorganisationen weltweit ca. 155 Millionen Frauen betroffen sind. Jährlich kommen etwa zwei Millionen weitere Opfer hinzu. In 28 afrikanischen Staaten sind bis zu 90 Prozent aller Frauen von dieser Menschenrechtsverletzung betroffen, unabhängig von Religion oder sozialem Status. Mädchen im Alter von ein paar Tagen bis hin zu 16, 17 Jahren werden ohne Betäubung mit Glasscherben, Messern oder Rasierklingen die Geschlechtsteile amputiert und die Scheide zugenäht. Die psychischen und physischen Qualen martern sie ein Leben lang, sofern sie den Eingriff überleben.

Petra Bayr hatte die Möglichkeit, vor einem Jahr in Addis Abeba an einer Konferenz des Inter Africa Committee mit dem Titel "Zero

Tolerance to FGM" teilzunehmen: "Inmitten von 100 Politikerinnen und Politikern, Aktivistinnen und Aktivisten von Menschenrechtsorganisationen und Betroffenen ist die Konfrontation gegen diese Menschenrechtsverletzung, die sich gegen Frauen richtet, etwas, das tief unter die Haut geht und mitten in die Seele trifft", so Bayr. Auf der Konferenz wurden gesetzliche Möglichkeiten und deren Umsetzung fernab von zentralstaatlicher Gewalt, Erziehungsfragen, der notwendige Paradigmenwechsel bei jungen Eltern diskutiert.

"Was ich nach Österreich mitgebracht habe, waren nicht nur Emotionen, Unterlagen und die Einsicht, schnell und vehement handeln zu müssen, sondern vor allem viel Motivation, das Thema auch hier vermehrt anzusprechen, wofür es zum Glück viele kompetente Bündnispartnerinnen und Bündnispartner gibt", unterstrich Bayr. FGM in Österreich zu thematisieren, könne nicht nur aus der abstrakten humanistischen Überlegung kommen, dass Menschenrechtsverletzungen woanders uns natürlich auch hier etwas angehen, so Bayr, denn "FGM ist ein Problem, das aufgrund von Migration vor unserer eigenen Haustüre zu finden ist". Eine Studie, die Barbara Prammer noch als Frauenministerin in Auftrag gegeben hat, zeige, dass das Unfassbare auch in Österreich passiert.

Über 30 Prozent der befragten MigrantInnen aus Afrika geben an, dass ihre Töchter verstümmelt sind. 26 Prozent begründen Genitalverstümmelung mit Tradition, 42 Prozent meinen, dass es gut für die Moral der Frauen sei und 24 Prozent glauben, dass die Frau dann bessere Kontrolle über ihr Sexualverhalten bekommt.

"Es gibt also eine Menge Handlungsansätze für die österreichische Politik, die angefangen werden müssen", forderte Bayr. FGM müsse als Asylgrund anerkannt werden, die Aufklärung von Migrantinnen forciert werden, eine Folgestudie in Auftrag gegeben werden, österreichische Diplomatie wie Politik müssen bemüht sein, FGM zu thematisieren. "Es ist wichtig, das Thema der weiblichen Genitalverstümmelung in Österreich öffentlich zu machen, durch Totschweigen wurde noch nie ein Problem gelöst", so Bayrs Überzeugung.

Ulrike Plichta erinnerte an die Kairoer Weltkonferenz 1994. Hier einigten sich 100 Staaten, dass reproduktive Gesundheit ein Teil der Menschenrechte darstellt, und diese beinhalte auch körperliches und seelisches Wohlbefinden. "FGM konterkariert somit nicht nur Menschenrechte, sondern auch die Rechte der Frauen in dieser Welt", kritisierte Plichta. Etenesh Hadis, die selbst von FGM betroffen ist,

sprach das Problem der Tabuisierung des Themas an und forderte noch viel größere internationale Solidarität und Forschung. Auch für Elfriede Hammerl stellt FGM eine der schlimmsten Menschenrechtsverletzungen und geschlechtsspezifische Diskriminierung dar. (Schluss) sk

~

Rückfragehinweis: Pressedienst der SPÖ
Tel.: (+43-1) 53427-275
<http://www.spoe.at>

~

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

~

OTS0157 2004-02-04/12:51

~

041251 Feb 04

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20040204_OTS0157